



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, 11055 Berlin

Herrn
Dr. André Hahn MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Postaustausch

Florian Pronold

Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

TEL +49 3018 305-2040

FAX +49 3018 305-4375

florian.pronold@bmub.bund.de

www.bmub.bund.de

Berlin, **07. Nov. 2017**

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Schriftliche Frage mit der Arbeitsnummer 10/91 vom 30. Oktober 2017
(Eingang im Bundeskanzleramt am 30. Oktober 2017) habe ich dankend
erhalten und beantworte ich wie folgt:

Frage

„Über welche Programme wurden in der 18. Wahlperiode Investitionen für die Erschaffung und/ oder Modernisierung/ Sanierung von Sportstätten, die von Kommunen, gemeinnützigen Sportvereinen oder anderen Trägern betrieben bzw. genutzt werden, durch den Bund gefördert (bitte die jeweiligen Programme und Maßnahmen, den jeweiligen Umfang der Förderung und die jeweiligen Jahre nennen), und welche dieser Programme haben sich aus Sicht der Bundesregierung bewährt?“

Antwort

Die Förderung von Sportstätten für den Breitensport liegt grundsätzlich nicht in der Finanzierungsverantwortung des Bundes. Dennoch bieten Programme des Bundes, vor allem im Kontext der integrierten Stadtentwicklung, Fördermöglichkeiten für die Anpassung von Sportstätten.



Seite 2

So fördert das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) die Sanierung und Anpassung von Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen, darunter insbesondere auch Sportstätten mit dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“. Das Programm wurde mit dem Nachtragshaushalt 2015 als Bestandteil des Zukunftsinvestitionsprogramms der Bundesregierung mit Mitteln in Höhe von 140 Millionen Euro und einer Programmlaufzeit bis zum Jahr 2018 veranschlagt. Mit diesen Mitteln werden 56 Projekte gefördert, die das BMUB im Februar 2016 nach fachlicher Bewertung ausgewählt hat. Durch Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages wurden die Programmmittel um 100 Millionen Euro aufgestockt, so dass 48 weitere Projekte gefördert werden können.

Der Bund schließt jährlich mit den Ländern eine Verwaltungsvereinbarung über die Städtebauförderung. Sie sieht ausdrücklich vor, dass die Finanzhilfen des Bundes auch für die Ausstattung beziehungsweise die Verbesserung von Gemeinbedarfseinrichtungen eingesetzt werden können. Der Ausbau von Sportstätten im Rahmen der integrierten Stadtentwicklung ist hier inbegriffen.

In der 18. Legislaturperiode sind die Finanzhilfen des Bundes im Jahr 2017 auf das Rekordniveau von 790 Millionen Euro erhöht worden. Verantwortlich für die Umsetzung der Städtebauförderung sind die Länder. Sie erlassen zur Konkretisierung der Verwaltungsvereinbarung jeweils Landesförderichtlinien und treffen die Bewertung und Auswahl der kommunalen Förderanträge.



Seite 3

Mit der Unterstützung der Städtebauförderung können im Rahmen von Gesamtmaßnahmen auch aktivierende und infrastrukturelle Vorhaben für Sport und Bewegung gefördert werden. Im Programm „Soziale Stadt“ ergeben sich beispielsweise unmittelbare Anknüpfungspunkte für eine sozialräumlich orientierte Sportentwicklung. Die Motivierung und Aktivierung auch sportferner Bevölkerung für den Sport wird in zahlreichen Fördergebieten praktiziert. Eine Übersicht, welche konkreten Einzelmaßnahmen gefördert wurden und werden, liegt dem Bund auf Grund der Länderzuständigkeit nicht vor.

Mit dem Förderprogramm Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ wird das Ziel verfolgt, soziale Infrastrukturen als Orte der Integration und des sozialen Zusammenhalts vor Ort zu qualifizieren. Dazu sind grundsätzlich die Sanierung und bei Bedarf der (Ersatz-)Neubau von Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen förderfähig, unter anderem auch Sportstätten. Der Bund stellt für das Programm in den Jahren 2017 bis 2020 jährlich 200 Millionen Euro zur Verfügung. Die Umsetzung des Programms verläuft analog dem Verfahren der Städtebauförderung.

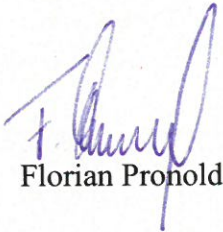
Die Förderung von Sportstätten im Rahmen einer integrierten gebietsbezogenen kommunalen Planung hat sich aus Sicht der Bundesregierung bewährt.



Seite 4

Im Rahmen der Kommunalrichtlinie des BMUB werden zudem Klimaschutzmaßnahmen in Sportstätten gefördert. Dazu zählen beispielsweise die Umrüstung von Beleuchtungsanlagen auf LED, der Austausch von Lüftungsanlagen und alten Pumpen oder der Einbau einer Gebäudeleittechnik. Die Förderquoten für die Maßnahmen variieren zwischen 30 und 52 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtkosten. Seit Juli 2016 sind für diese Maßnahmen neben Kommunen auch Sportvereine mit Gemeinnützigkeitsstatus antragsberechtigt. Die Kommunalrichtlinie wird aus den Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) finanziert.

Mit freundlichen Grüßen



Florian Pronold